

**Verwaltungsvorschriften zur
Annahme und Verwendung von Mitteln Dritter
(Drittmittelrichtlinien – DMRL)
zu §§ 13 und 41 Landeshochschulgesetz (LHG)**

vom 16. April 2010 - Az. 0415.2/5/1 -

- 1. Abschnitt: Grundsätzliche Bestimmungen**
 - 1.1 Geltungsbereich
 - 1.2 Drittmittel

- 2. Abschnitt: Einwerbung und Annahme**
 - 2.1 öffentliche Drittmittel
 - 2.1.1 Definition
 - 2.1.2 Einwerbung, Anzeige, Antrag
 - 2.1.3 Annahme
 - 2.2 Drittmittel Privater
 - 2.2.1 Definition
 - 2.2.2 Einwerbung
 - 2.2.3 Anzeige
 - 2.2.4 Annahme
 - 2.2.5 Zuwendungsbestätigung
 - 2.3 Kostenfestlegung
 - 2.4 Sponsoring

- 3. Abschnitt: Verwaltung**
 - 3.1 Verwaltung
 - 3.2 Fördervereine

- 4. Abschnitt: Verwendung**
 - 4.1 Verwendungszweck
 - 4.2 Eigentumsregelung

- 5. Außerkrafttreten und Veröffentlichung**

1. Abschnitt: Grundsätzliche Bestimmungen

1.1 Geltungsbereich

Diese Verwaltungsvorschriften gelten für die Drittmittel der Hochschulen einschließlich der Medizinischen Fakultäten, die nach § 4 Abs. 3 Universitätsklinikagesetz (UKG) von den Universitätsklinika verwaltet werden. Die Einwerbung und Verwendung von Mitteln Dritter für Forschung und Lehre gehört zu den Dienstaufgaben der hauptberuflich Beschäftigten der Hochschule und erfolgt im Hauptamt (§§ 13 Abs. 1, Abs. 6 und 41 Abs. 1 Satz 1 LHG). Sonstige Beschäftigte sind im Rahmen ihrer übertragenen Aufgaben zur Einwerbung von Drittmitteln befugt.

1.2 Drittmittel

Drittmittel sind Geldzuwendungen, Sachleistungen und Gegenleistungen aus Verträgen sowie alle sonstigen geldwerten Vorteile für Aufgaben in Forschung und Lehre nach § 2 Abs. 1 LHG.

Unter sonstige Einnahmen nach § 13 Abs. 1 und 6 LHG fallen Zuwendungen Dritter für sonstige Aufgaben der Hochschulen nach § 2 Abs. 2 ff. LHG. Für sie gelten die Drittmittelvorschriften. Sonstige Einnahmen dürfen nicht für Zwecke einzelner Hochschulmitglieder angenommen werden; dies gilt nicht für Stipendien und sonstige personengebundene Zuschüsse.

2. Abschnitt: Einwerbung und Annahme

2.1 Öffentliche Drittmittel

2.1.1 Definition

Öffentliche Drittmittel sind Zuwendungen und Aufträge öffentlich-rechtlicher Einrichtungen sowie Drittmittel, die direkt oder indirekt Mitteln der öffentlichen Hand entstammen. Die Hochschule wird ermächtigt, andere Einrichtungen den öffentlichen Einrichtungen gleichzustellen, wenn sie ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken i.S.d. Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der §§ 51 ff. Abgabenordnung dienen und die Vergabe von Fördermitteln entsprechend

einem in der Wissenschaft anerkannten Verfahren erfolgt.

2.1.2 Einwerbung, Anzeige, Antrag

Anträge oder Angebote zur Bereitstellung von Mitteln sind über den Vorstand zu leiten; der Vorstand legt allgemein fest, in welchen Fällen hierauf verzichtet werden kann.

2.1.3 Annahme

Der Genehmigungs- oder Zuwendungsbescheid des Drittmittelgebers ist dem Vorstand oder der von ihm beauftragten Stelle zuzuleiten. Die Annahme wird durch den Vorstand oder die von ihm beauftragte Stelle erklärt; das einwerbende Hochschulmitglied darf hierzu nicht bevollmächtigt werden.

Das Angebot ist abzulehnen, wenn die Annahme gegen gesetzliche Vorschriften verstößt. Es kann abgelehnt werden oder die Annahme mit Auflagen versehen werden bei

- Beeinträchtigung anderer Aufgaben der Hochschule,
- Beeinträchtigung von Rechten und Pflichten anderer Mitglieder der Hochschule
- nicht angemessener Berücksichtigung von Folgekosten oder
- nicht angemessener Berücksichtigung der Belange der Hochschule.

2.2. Drittmittel Privater

2.2.1 Definition

Drittmittel Privater sind alle Zuwendungen und Aufträge, die nicht unter Nr. 2.1.1 fallen.

2.2.2 Einwerbung

Das einwerbende Hochschulmitglied soll den Vorstand oder die von ihm beauftragte Stelle über die vorgesehene Einwerbung von Drittmitteln bereits frühzeitig informieren, z.B. über Verhandlungen mit dem Drittmittelgeber.

2.2.3 Anzeige

Das Angebot eines Dritten zur Bereitstellung von Mitteln ist dem Vorstand oder der von ihm beauftragten Stelle vom einwerbenden Hochschulmitglied unver-

züglich anzuzeigen. Mit der Anzeige sind eine Erklärung über die Bereitstellung von Drittmitteln und die zur Entscheidung notwendigen Angaben und Unterlagen (z.B. Vertragsentwurf) vorzulegen; dabei ist

- der Name und die Anschrift des Drittmittelgebers anzugeben, bei Fördervereinen ist weitere Auskunft über die Wahrnehmung von Funktionen des einwerbenden Hochschulmitglieds im Förderverein und die Herkunft der Gelder zu geben.

Darüber hinaus sind Angaben erforderlich, insbesondere

- über Höhe, Dauer und Zweckbestimmung der Mittel,
- eine Erklärung über Folgekosten,
- eine Erklärung über die Sicherung der räumlichen Unterbringung, bzw. über die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur zur erfolgreichen Durchführung des Drittmittelprojekts sowie
- eine Erklärung des Drittmittelgebers, ob und inwieweit die Mittel direkt oder indirekt der öffentlichen Hand entstammen,
- bei Zuwendungen eine Erklärung des Drittmittelgebers, ob die Spende aus dem Privat- oder Betriebsvermögen stammt,
- eine Erklärung über die Mitwirkung des Einwerbenden an Beschaffungsvorgängen, die Produkte oder Dienstleistungen des Drittmittelgebers zum Gegenstand haben.

Der Vorstand oder die von ihm beauftragte Stelle hat ergänzend Erklärungen über rechtliche oder tatsächliche Beziehungen zum Drittmittelgeber (z.B. Art, Dauer und Umfang der Beziehungen, Beratervertrag, Mitglied im Aufsichtsrat oder in anderen Gremien des Drittmittelgebers) zu verlangen, soweit konkrete Anhaltspunkte für einen Grund zur Versagung der Annahme bestehen.

Der Vorstand oder die von ihm beauftragte Stelle hat sich ferner bestätigen zu lassen, dass keine weiteren Nebenabreden getroffen wurden und alle gewollten Inhalte in den vorgelegten Unterlagen enthalten sind.

2.2.4 Annahme

Die Annahme erfolgt durch die Hochschule. Sie wird durch den Vorstand oder die von ihm beauftragte Stelle erklärt. Das einwerbende Hochschulmitglied kann die Hochschule dabei nicht vertreten.

Das Angebot ist abzulehnen, wenn die Annahme gegen gesetzliche Vorschriften verstößt; es kann abgelehnt oder die Annahme mit Auflagen versehen werden, wenn die in Nr. 2.1.3 genannten Versagungsgründe vorliegen.

2.2.5 Zuwendungsbestätigung

Bei Zuwendungen zur Förderung von Aufgaben der Hochschule ist dem Zuwendungsgeber auf dessen Verlangen für steuerliche Zwecke eine Zuwendungsbestätigung nach dem Einkommensteuergesetz über die Höhe der Zuwendung zu erteilen, soweit die Voraussetzungen dazu vorliegen. Nach § 50 Abs. 1 Einkommensteuer-Durchführungsverordnung (EStDV) hat die Zuwendungsbestätigung auf dem jeweils amtlich vorgeschriebenen Vordruck zu erfolgen. Nur der Vorstand oder eine ausdrücklich von ihm bestimmte Stelle sind befugt, Zuwendungsbestätigungen auszustellen. Aus dieser Bestätigung muss sich insbesondere auch ergeben, ob der zugewendete Betrag oder die Sachzuwendung unmittelbar für wissenschaftliche Zwecke oder für als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke verwendet wird (§ 10 b Einkommensteuergesetz (EStG)). Die Bestätigung darf erst erteilt werden, wenn der zugewendete Betrag bei der für die Hochschule zuständigen Kasse vereinnahmt oder wenn die Sachzuwendung in das Eigentum des Landes oder der Hochschule übergegangen ist. Beruhen Mittel und Leistungen auf einer Gegenleistung der Hochschule, können keine Zuwendungsbestätigungen erstellt werden.

2.3 Kostenfestlegung

Bei Durchführung eines Vorhabens im Auftrag von Dritten sollen die Drittmittel die Verwaltungskosten (definiert in § 2 Abs. 6 des Landesgebührengesetzes (LGebG)) decken. Bei einem überwiegenden Interesse der Hochschule an der Durchführung des Forschungsvorhabens kann der Kostenersatz ermäßigt, in besonderen Ausnahmefällen von ihm abgesehen werden (§ 41 Abs. 5 Satz 2 LHG). Sofern die Hochschule im wirtschaftlichen Bereich tätig wird, ist der „Gemeinschaftsrahmen für staatliche Beihilfen für Forschung, Entwicklung und Innovation“ der Europäischen Union (in der jeweils gültigen Fassung) zu beachten.

2.4 Sponsoring

Für die Einwerbung, Annahme und Verwaltung sowie die Verwendung von Mitteln, mit denen unternehmensbezogene Ziele der Werbung oder Öffentlichkeitsarbeit verfolgt werden, gelten diese Verwaltungsvorschriften.

3. Abschnitt: Verwaltung

3.1 Verwaltung

Die Einnahmen und Ausgaben sind im Staatshaushaltsplan oder im Wirtschaftsplan nachzuweisen. Die aus Mitteln Dritter fließenden Einnahmen sind nach § 34 Abs. 1 Landeshaushaltsordnung (LHO) rechtzeitig und vollständig zu erheben. Die Hochschule ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die für die Leistung von Ausgaben erforderlichen Mittel im Rahmen der Gesamtdeckung kassenmäßig zur Verfügung stehen.

Die Erklärungen nach Nr. 2.2.3 einschließlich des Angebots sind zu den Akten zu nehmen. Das gleiche gilt nach Abschluss des Drittmittelprojekts für die Abrechnung und gegebenenfalls für den Nachweis der Verwendung. Die Festlegungen über das Körperschaftsvermögen nach § 14 Abs. 2 LHG und § 13 Abs. 6 LHG bleiben davon unberührt.

3.2 Fördervereine

Fördervereine können Drittmittelgeber sein. Soweit sie (oder ähnliche Vereinigungen) Drittmittel oder sonstige Zuwendungen (vgl. Nr. 1.2 Abs. 2) bereitstellen, gelten diese Verwaltungsvorschriften uneingeschränkt.

4. Abschnitt: Verwendung

4.1 Verwendungszweck

Mittel Dritter dürfen nur für Zwecke von Forschung und Lehre, sonstige Einnahmen nur zur Förderung der sonstigen den Hochschulen nach § 2 LHG obliegenden Aufgaben verwendet werden.

In diesem Rahmen sind sie nach den vom Drittmittelgeber bestimmten Zweck zu verwenden und nach dessen Bedingungen zu bewirtschaften. Gesetzliche und tarifvertragliche Regelungen dürfen nicht entgegenstehen. Aus Drittmitteln dürfen Honorare, Leistungsbezüge nach § 11 Abs. 1 und 2 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) i. V. m. § 11 b Abs. 3 LBesG sowie Forschungs- und Lehrzulagen nach § 12 LBesG und zusätzliche Vergütungen daher nur gezahlt werden, so-

weit sie gesetzlich oder tarifvertraglich vorgesehen sind.

Treffen die Bestimmungen keine Regelung, bestimmt die Hochschule über die Verwendung der Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der für die Wirtschaftsführung der Hochschule maßgeblichen gesetzlichen Vorschriften. Dabei sind die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Angemessenheit zu berücksichtigen.

Für die Genehmigung und Abrechnung von Dienstreisen sind die jeweils gültigen Vorschriften des Landesreisekostengesetzes und die zugehörigen Verwaltungsvorschriften anzuwenden.

Für die Verwendung öffentlicher Drittmittel sind die LHO und die VV des Landes zu beachten. Für Zuwendungen für sonstige Zwecke gelten ebenfalls die LHO und die VV des Landes, es sei denn der Zuwendungsgeber hat besondere Bedingungen festgelegt.

4.2 Eigentumsregelung

Gegenstände, die aus Mitteln Dritter beschafft werden, gehen in das Eigentum des Landes über, es sei denn der Zuwendungsgeber hat etwas anderes bestimmt; ein Übergang des Eigentums auf ein Hochschulmitglied ist ausgeschlossen. Die Gegenstände sind zu inventarisieren und zu kennzeichnen.

5. Inkrafttreten und Veröffentlichung

Diese Verwaltungsvorschrift tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2010 in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2016 außer Kraft. Sie ersetzt die Drittmittelrichtlinien vom 21. März 2001 (GABI..S. 697). Die Verwaltungsvorschrift wird zusammen mit den Hinweisen im Gemeinsamen Amtsblatt des Landes Baden-Württemberg veröffentlicht.